

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/968**

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

Herrn
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: ./.
Ihre Nachricht vom: ./.
Unser Zeichen: VI 216
Unsere Nachricht vom: ./.

Mathias Zobel
Mathias.Zobel@fimi.landsh.de
Telefon: 0431 988 4022
Telefax: 0431 988-4173

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

12. Juli 2006

Europabericht 2006

Weiterleitung einer Finanzausschussvorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss hatte im Rahmen der Beratung der Drs. Nr. 16/641 („Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“ Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006 – Europabericht 2006) in seiner Sitzung am 18. Mai 2006 gebeten, die dargelegte Position der Landesregierung zum Einsatz privater Kofinanzierungsmittel zu konkretisieren. Dieser Bitte kommt das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa mit dem anliegenden Schreiben nach, das ich Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme übersende.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Arne Wulff

Staatssekretär

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus

24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Folker Hellmund
E-Mail: Folker.Hellmund@hobru.landsh.de
Telefon: +32-2-285.46-49
Telefax: +32-2-285.46-57

30. Juni 2006

Finanzausschuss-Sitzung am 18.05.2006

Sehr geehrter Herr Neugebauer,

ich möchte mit diesem Schreiben auf die Anhörung des Finanzausschusses vom 18. Mai zurückkommen, in der der Europabericht der Landesregierung vorgestellt wurde. Zur Position der Landesregierung hinsichtlich des Einsatzes privater Kofinanzierungsmittel im Rahmen der Strukturfondsumsetzung darf ich Ihnen folgende Informationen zum Hintergrund und zum aktuellen Sachstand geben:

Für die laufende Förderperiode, die Ende 2006 endet, sehen die Strukturfondsverordnungen vor, dass der Anteil der EU-Förderung in den Ziel-2 (EFRE) und Ziel-3 Programmen (ESF) 50 % der Gesamtkosten nicht überschreiten darf. Dabei ist von Bedeutung, dass die Kofinanzierungsmittel, die mindestens 50 % des Gesamtkosten ausmachen, sich aus Bundes-, Landes- und privaten Mitteln zusammensetzen.

Im Juli 2004 hat die Europäische Kommission ihren Entwurf für die neuen Strukturfondsverordnungen für die Förderperiode 2007-2013 vorgelegt und darin gefordert, dass ausschließlich öffentliche Mittel zur Kofinanzierung herangezogen werden können. Diese Regelung hätte dazu geführt, dass Schleswig-Holstein einen wesentlichen Teil der zu erwartenden europäischen Fördergelder nicht hätte binden können.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung auf nationaler und europäischer Ebene erhebliche Anstrengungen unternommen, um die EU-Kommission und die Bundesregierung zu einem Einlenken in dieser Frage zu bewegen. Der Europäische Rat vom Dezember 2005 hat dann

zunächst zu einem Kompromiss geführt, der den alten Ländern in Deutschland nicht geholfen hätte. Danach wäre die Anerkennung privater Kofinanzierungsmittel nur in den zehn neuen Mitgliedsstaaten und den neuen Ländern in Deutschland anerkannt worden.

Diese unterschiedliche Behandlung innerhalb Deutschlands wurde von der Gesamtheit der deutschen Länder als sachlich nicht gerechtfertigt angesehen und das Europäische Parlament kontaktiert, das sich gerade in Verhandlungen mit dem Rat über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 befand. Durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Haushaltsberichtersteller Herrn Reimer Böge ist es uns dann letztendlich gelungen, den Rat zu zwei wesentlichen Änderungen zu bewegen.

1. Die volle Anerkennung privater Kofinanzierungsmittel, wodurch sich die Anteile des Bundes und des Landes erheblich reduzieren werden
2. Die Anrechenbarkeit nicht erstattungsfähiger Mehrwertsteuer

Durch intensive Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ist es damit gelungen, die Chancen für eine komplette Mittelbindung in der kommenden Förderperiode erheblich zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Uwe Döring
Minister